

Antworten auf den ACE-Fragenkatalog zur bayerischen Landtagswahl am 14.10.2018

Wie und vor allem bis wann möchte Ihre Partei den auch in Bayern vorhandenen Investitionsstau beseitigen?

Bayern SPD Wir brauchen mehr Landesmittel für mehr Investitionen im Straßenverkehr. Derzeit sind bayernweit etwa ein Drittel der Straßen sanierungsbedürftig, in manchen Regionen sogar 40 Prozent. Hier will die BayernSPD Bauämter mit neuen Planstellen stärken und für mehr Transparenz bei der Finanzierung sorgen. Zahlreiche parlamentarische Initiativen der SPD-Landtagsfraktion haben mit dazu beigetragen, dass die Staatsregierung mehr Mittel für den Staatsstraßenbau bereitstellt. Jährlich stehen aktuell 310 Millionen Euro zur Verfügung, was ausreichend ist, um den

Substanzverzehr bei Straßen und Brücken zu stoppen. Wir werden dafür sorgen, den Investitionshochlauf für die Verkehrsinvestitionen mindestens auf dem heutigen Niveau fortzuführen.

CSU Mit seiner zentralen Lage ist Bayern ein Knotenpunkt und zugleich Verkehrsdrehscheibe in Europa. Straßen bilden dabei den Verkehrsträger Nummer eins. Um den steigenden Zahlen sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr gerecht zu werden, erhöhen wir in Bayern den Etat für Erhalt und Ausbau des

Staatsstraßen-Netzes noch einmal deutlich auf insgesamt 310 Millionen Euro. Das entspricht einer Steigerung gegenüber 2017 um 15 Prozent. Auf Bundesebene werden wir den Investitionshochlauf auf einem Rekordniveau für die Verkehrsinvestitionen mindestens auf dem heutigen Niveau fortführen.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Schon 2012 haben wir beantragt, keine zusätzlichen Mittel für den Neubau von Staatsstraßen zur Verfügung zu stellen, sondern die Mittel für den Erhalt umzuschichten. Neue Staatsstraßen gibt es erst wieder, wenn der Instandhaltungsrück-

stand von über 700 Millionen Euro beseitigt ist.

Freie Demokraten Aktuell werden überall in Bayern Straßen saniert und/oder neu gebaut, um den sich seit Jahren angesammelten Investitionsstau abzubauen. Der Abfluss wird allerdings nur langsam erfolgen, da wir gar nicht genügend Tiefbauunternehmen haben, um schnell reagieren zu können. Die Mittel, die aktuell für unsere Infrastruktur verwendet werden, dürfen auch in den nächsten Jahren nicht gekürzt werden. Bis 2030 sollen die Vorhaben im vordringlichen Bedarf in dem

Bundesverkehrswegeplan zumindest in die Planfeststellung geführt werden – wir halten eine Realisierung aller Vorhaben bis 2030 für unrealistisch.

FREIE WÄHLER Wir wollen den Investitionsstau in der staatlichen und kommunalen Straßen- und Radweginfrastruktur schnellstmöglich abbauen. Seit Jahren fordern wir im Landtag mehr Geld für die Bayerischen Staatsstraßen, für 2018 320 Millionen Euro. Für die kommunalen Straßen fordern wir 150 Millionen Euro mehr aus dem Kfz-Steuerersatzverbund.

Wie ist Ihre Haltung zu der These „Erhalt vor Neubau“ im Rahmen einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur?

Bayern SPD Den Schwerpunkt „Erhalt vor Neubau“ hat die SPD in Bund und Land durchgesetzt. In Bayern ist das Verhältnis etwa 60 zu 40 Prozent. Um als Umbaumaßnahmen kaschierte „Fast-Neubauten“ zu vermeiden, sollte auch das Fördersystem des kommunalen Straßenbaus überdacht werden.

CSU Kapazitätserweiterung und damit verbundene Neubauten sind notwendig, um dem steigenden Verkehr gerecht zu werden. Der Fokus liegt aber auf der Erhaltung des bestehenden Verkehrsnetzes. Mit einem modernen Erhaltungsmanagement werden Unterhalt, Instandsetzung und Erneuerung gezielt gesteuert und effizient umgesetzt. Ein bedarfsgerechter Ausbau der Infrastruktur muss sich an der langfristigen Notwendigkeit orientieren.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Das Prinzip Erhalt vor Neubau verhindert den weiteren Substanzverlust der Verkehrsinfrastruktur. Die Staatsregierung spricht zwar von Erhalt vor Neubau, hat aber den Substanzverlust in den letzten Jahren nicht abgebaut.

Freie Demokraten Grundsätzlich halten wir es für sinnvoll, Straßen zu sanieren, bevor es zu einem Neubau kommt. Jedoch darf die ökonomische Komponente nicht außer Acht gelassen werden. Neben den Verkehrsbehinderungen durch die Baustellen muss berechnet werden, ob ein baldiger Neubau nicht kostengünstiger ist, als sich noch ein paar wenige Jahre über die Zeit zu schleppen.

FREIE WÄHLER Der Erhalt der bestehenden Straßen muss grundsätzlich dem Bau neuer Straßen vorgezogen werden. Wo es sinnvoll und notwendig ist, müssen neue Straßen gebaut werden, allerdings darf dies nicht zur Vernachlässigung des bestehenden Straßensystems führen.

Antworten auf den ACE-Fragenkatalog zur bayerischen Landtagswahl am 14.10.2018

Welche Rolle spielt für Sie hierbei der Verfassungsauftrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen im ganzen Land?

Bayern
SPD Seit 2013 ist der Verfassungsauftrag dank aktiver Mitwirkung der SPD-Landtagsfraktion explizit geschriebenes Recht. Alle Regionen haben Anspruch auf leistungsfähige Infrastruktur bei Bahn, Straße, ÖPNV, Breitband und Mobilfunk. Wir brauchen die Verkehrswende, denn Mobilität in Bayern soll bezahlbarer, umweltfreundlicher und digitaler werden. Der Verkehr der Zukunft ist komfortabel, emissionsfrei und gut getaktet. Um der wachsenden Mobilität im Freistaat gerecht zu werden, brauchen wir ein sinnvolles Miteinander der Verkehrsträger, eine optimal

ausgebaute Infrastruktur und eine bessere Vernetzung von Bussen und Bahnen. Gerade im ländlichen Raum und bei mobilitätseingeschränkten Menschen gilt für uns: Niemand darf abgehängt werden. Wir setzen uns für die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse im ganzen Land ein. Dazu wollen wir ländliche Räume fördern und Ballungszentren entlasten.

CSU Der Freistaat fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in städtischen und ländlichen Regionen in ganz Bayern. Durch ein opti-

males Zusammenwirken aller Verkehrsträger erreichen wir größtmögliche Flexibilität, um das Mobilitätsbedürfnis aller Menschen zu befriedigen. Dazu wird der Freistaat 100 Millionen Euro zusätzlich in den ÖPNV investieren. Ziel des 2018 startenden Programmes ist ein flächendeckendes Angebot mit abgestimmten Tarifen und modernen, emissionsarmen Fahrzeugen.

80 Prozent des Etats für Erhalt und Ausbau des Staatsstraßen-Netzes werden für Straßen im ländlichen Raum eingesetzt. Geplant sind rund 100 Ausbaumaßnahmen (u.a. Ortsumgehungen, neue Radwege). Für

Bundesfernstraßen stehen für 2018 mindestens 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung, davon mehr als 1,6 Milliarden für den Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen in Bayern.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Das Prinzip Erhalt vor Neubau gilt im ganzen Freistaat.

Freie Demokraten
Bayern FDP Das ist für uns ein sehr wichtiger Punkt. Der ländliche Raum darf nicht abgehängt werden und der Erhalt der Infrastruktur trägt einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität bei. Insbeson-

dere, weil fast jeder Bürger, der auf dem Land lebt, auf den eigenen PKW angewiesen ist.

FREIE WÄHLER
Bayern LEHNT BESSER Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern ist eines der zentralen politischen Ziele für uns. Wir kämpfen an allen Fronten dafür, dass die Finanzmittel für die Infrastruktur nicht nur in die Metropolen, sondern auch in den ländlichen Raum gehen. Denn gerade da, wo der ÖPNV derzeit noch nicht so gut ausgebaut ist, sind die Menschen auf ein gutes Straßennetz angewiesen.

Ist aus Ihrer Sicht eine transparentere Katalogisierung der Mängel auf den Straßen erforderlich?

Bayern
SPD Die Erfassung der Schäden an Straßen und Brücken halten wir für transparent genug. Ein Übergang auf das Schulnotensystem könnte man erwägen, um es dem breiten Publikum plausibler zu machen. Hauptprobleme allerdings sind und bleiben mangelhafte finanzielle Mittel und der Personalabbau bei den staatlichen Bauämtern. Zusammen mit dem ACE hatte die SPD-Landtagsfraktion die sehr erfolgreiche Aktion „Schlagloch-Oscar“ durchgeführt und

konnte die Staatsregierung an vielen Orten zu einem schnellen Handeln bewegen.

CSU Um einen optimalen Nutzen und einen möglichst langen Erhalt von Straßen und Brücken zu gewährleisten, erstellt die Bayerische Straßenbauverwaltung auf Grundlage einer Bewertung der Fahrbahnbeschaffenheit sowie der Ergebnisse regelmäßiger Bauwerksprüfungen mittelfristige Erhaltungsprogramme. Diese

können jeder Zeit frei und transparent eingesehen werden.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Mit der Zustandserfassung und -bewertung (ZEB) liegt für Bundesfern- und Staatsstraßen entsprechendes vor.

Freie Demokraten
Bayern FDP Aus unserer Sicht ist dieser Vorschlag sinnvoll. Auf kommunaler Ebene könnte eine „öffentliche“ Katalogisierung erfolgen. Die Bürger

könnten miteinbezogen werden, indem sie Schlaglöcher, kaputte Ampelschleifen, abschüssiges Bankett o. Ä. via Internet der Gemeinde melden.

Auf Straßen, deren Baulast der Freistaat Bayern bzw. die Bundesrepublik trägt, halten wir eine Beteiligung der Bürger für weniger zielführend. Eine Katalogisierung wäre dennoch sinnvoll, da sich nur auf diese Weise eine Vollerhebung aller Schäden und der damit verbundenen Kosten realisieren lässt.

FREIE WÄHLER
Bayern LEHNT BESSER Eine transparentere Katalogisierung der Mängel auf den Straßen ist erforderlich.

Antworten auf den ACE-Fragenkatalog zur bayerischen Landtagswahl am 14.10.2018

Wie steht Ihre Partei zum Bau von Schnellradwegen?

Bayern SPD Das Radverkehrsprogramm 2025 des Freistaats wurde interfraktionell und weitgehend konsensual erarbeitet. Als dessen Bestandteil sind Radschnellwege vorgesehen, die derzeit in den Metropolregionen konzipiert werden. Ob die Haushaltsmittel hierfür reichen, ist allerdings zu bezweifeln, da im Nachtragshaushalt 2018 nur marginale Erhöhungen erfolgten. Wir wollen in Kooperation mit der Wirtschaft grundsätzlich Möglichkeiten schaffen, um lange Pendlerwege zu vermeiden. Gerade in Ballungszentren muss

das Fahrrad künftig eine größere Rolle spielen: Ausbau von Park+Ride-Parkplätzen, sichere Abstellanlagen an Bahnhöfen und Knotenpunkten, sichere und vor allem mehr Radwege, kreuzungsfreie Schnellwege. Dafür will die BayernSPD ein Landesförderprogramm auflegen: Aufnahme von Radschnellwegen als eigene Straßenkategorie in das Straßen- und Wegegesetz und Schaffung einer rechtlichen Grundlage für deren Planung über Gemeinde- und Landkreisgrenzen hinweg.

CSU Wir wollen spezielle Radschnellwege mit weniger Kreuzungen und Haltepunkten im Rahmen von Pilotprojekten in München und Nürnberg testen. Dieses Leuchtturmprojekt fördert der Freistaat mit 30 Millionen Euro bis 2020. Darüber hinaus soll durch rund 4.000 neue und moderne Fahrradabstellplätze an Haltestellen und Bahnhöfen jährlich das Radfahren noch attraktiver gemacht werden. Damit wollen wir den innerstädtischen Verkehr spürbar entlasten, zur Emissionsreduzierung in den Innenstädten beitragen und die

Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer erhöhen.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Wir haben einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes eingebracht. Radschnellverbindungen sollen als eigenständige straßenrechtliche Straßenkategorie weitestgehend den Staatsstraßen gleichgestellt werden, attraktive Verbindungen für einen gemeinde- bzw. kreisübergreifenden Alltags- und Pendlerverkehr bieten, eine Alternative zum Pkw werden.

Freie Demokraten Grundsätzlich stehen wir auch dem Ausbau des Radwegenetzes positiv gegenüber.

FREIE WÄHLER Wir sind absolut für Radschnellwege und befürworten ausdrücklich den Bau des Radschnellweges zwischen München und Garching.

Wäre Ihre Partei bereit, Städten und Gemeinden, deren Haushaltslage nicht so gut ist, im Rahmen von Höchstförderungen bei der Verwirklichung von Radwegen unter die Arme zu greifen?

Bayern SPD Die Höchstförderung liegt bei 90 Prozent, was auch bei sehr prekärer Haushaltslage einer Kommune kaum zu übertreffen ist. Eine notwendige Lösung könnte sich über die Finanzierung des zur Realisierung notwendigen Nahverkehrsplans für Landkreise und Gemeinden ergeben.

CSU Mit dem neuen „Radverkehrsprogramm Bayern 2025“ wollen wir zu einer Steigerung des Radverkehrsanteils am Gesamtverkehr beitragen. Bürgerinnen und Bürger sollen ermutigt werden, öfter das Rad zu nutzen. Bestandteil des Programmes ist ein bayernweites Radverkehrsnetz, das alle Städte und Gemeinden im Freistaat miteinander verbindet. Im Rahmen des Radwegeprogramms 2015-2019 sind rund 600 Kilometer neue Radwege an Bundes- und Staatsstraßen vorgesehen – das bayernweite

Radwegenetz dehnt sich so auf 6.600 Kilometer aus. Darüber hinaus wird bereits für das Jahr 2018 die kommunale Förderung auf bis zu 75 Prozent angehoben.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Radwegebau ist kein wirklicher Kostenfaktor.

Freie Demokraten Wir können uns vorstellen, gewisse Hilfe für Städte und Gemeinden bereitzustellen. Höchstförderungen jedoch lehnen wir ab.

FREIE WÄHLER Wir sind insgesamt für eine bessere Finanzausstattung für unsere Kommunen, z.B. durch die Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund auf 15 Prozent. Natürlich wollen wir notleidenden Kommunen beim Bau von Radwegen helfen.

Antworten auf den ACE-Fragenkatalog zur bayerischen Landtagswahl am 14.10.2018

Wird sich Ihre Partei für eine schnellstmögliche Abdeckung von Verkehrsverbänden auch in ländlichen Räumen einsetzen?

Bayern SPD Alle BürgerInnen in Bayern müssen im Einzugsbereich eines transparenten und bezahlbaren Tarifverbands sein. An jeder Haltestelle soll zu jeder Stunde mindestens ein Bus fahren.

Wenn ja, mit welcher Konzeption wollen Sie die sachliche Umsetzung beschleunigen und wie ist Ihr Finanzierungsvorschlag in diesem Bereich?

Bayern SPD Wir brauchen mehr Landesmittel für mehr Investitionen in den Öffentlichen Nahverkehr. Um Bahn und Bus als umweltfreundliche und sichere Alternative für alle Bürger zu etablieren, müssen Fahrpreise erschwinglich und Tarifverbände umfassend sein. Mit dem aktuellen Nachtragshaushalt 2018 erhöht Bayern die Mittel für den ÖPNV um 100 Millionen Euro. Dies ist ein erster Schritt, gerade im ländlichen Raum besteht jedoch noch eklatanter Nachholbedarf. Die BayernSPD will vor allem ländliche Räume fördern und Ballungszentren entlasten. Eine enge Zusammenarbeit öffentlicher und privater Verkehrsunternehmen mit den Kom-

CSU Mobilität ist ein Grundbedürfnis, sowohl auf dem Land als auch in der Stadt. Mit einem intelligenten Verkehrssystem, Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und neuen Technologien werden wir den Verkehr in den Städten wie auch zwischen Stadt und Land weiter optimieren.

munen, höhere Zuschüsse des Freistaats für CO2-freie Busse und interkommunale Linien sind dafür die Basis. Wir wollen zudem die Elektromobilität in Bayern deutlich voranbringen.

CSU Wir realisieren flächendeckende Verkehrsverbände: Sie sind Voraussetzung für ein abgestimmtes und durchgängiges Angebot in ganz Bayern. Wir unterstützen den ÖPNV jedes Jahr mit rund 200 Millionen Euro. Die Landkreise und kreisfreien Gemeinden innerhalb der acht großen und leistungsfähigen Verkehrsverbände bekommen schon in diesem Jahr als erste Maßnahme einen Euro pro Einwohner

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Das ist eine Forderung unseres Entwurfes zur Änderung des ÖPNVG.

zusätzlich für verbundbedingte Aufwendungen (7,7 Millionen Euro). Und wir legen ein neues Förderprogramm zur Gründung von Verbänden auf. Mit dem Zweiten Nachtragshaushalt 2018 stärken wir den öffentlichen Nahverkehr mit zusätzlichen 100 Millionen Euro. Zusätzlich investieren wir in die Digitalisierung der Mobilität, um konsequent alle Möglichkeiten für die Optimierung des Verkehrs zu nutzen. Wir wollen weniger Staus und mehr Innovationen. Das erhöht die Lebensqualität der Menschen in Bayern und stärkt zusätzlich die Leistungsfähigkeit unserer heimischen Wirtschaft. Mit neuen Bustangenten in Stadt und Land werden wir die Verkehrsnetze im Freistaat

Freie Demokraten Bayern FDP Auch wenn die Attraktivität des ländlichen Raums enorm steigen würde, wenn alle Gebiete an den ÖPNV angeschlossen wären, würde diesem positiven Aspekt ein gigantischer finanzieller Aufwand gegenüberstehen. Die meisten Bus- oder Bahnlinien sind hochdefizitär und wenig genutzt.

leistungsfähiger machen und die Hauptverkehrsachsen in den Ballungsräumen entlasten. Alle Regionen Bayerns werden außerdem vom weiteren Ausbau der Staatsstraßen profitieren. Der elektronische Vertrieb eines bayernweiten E-Tickets ist das Herzstück unserer Bemühungen um eine bessere Vernetzung unter Beteiligung der Verkehrsunternehmen, Verkehrsverbände und Aufgabenträger. Künftig soll man bayernweit mit einem Ticket verschiedene Verkehrsmittel nutzen können.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Die Finanzierung erfolgt über eine Erhöhung der ÖPNV-Zuweisungen. Bei Fahrgastzuwachs sinkt der Aufwand.

FREIE WÄHLER Bayern (LKR) Die Aufgabenträger des ÖPNV im ländlichen Raum sind überwiegend die Landkreise. Flächendeckende Verkehrsverbände sind wünschenswert, müssen aber freiwillig in Kooperation mit den Landkreisen geschaffen werden.

Freie Demokraten Bayern FDP Anstatt alle unterversorgten Regionen an einen bestehenden Verkehrsbund anzuschließen, wollen wir uns dafür einsetzen, dass neue Konzepte erprobt werden und lokal unterschiedliche, der jeweiligen Situation angepasste Lösungen gefunden werden.

FREIE WÄHLER Bayern (LKR) Genauso wichtig wie flächendeckende Verkehrsverbände sind für uns ein einheitlicher Tarif und ein elektronisches Ticket, mit dem man jede Strecke in Bayern mit einem Klick buchen und bezahlen kann. Hier muss der Freistaat unterstützend eingreifen.

Antworten auf den ACE-Fragenkatalog zur bayerischen Landtagswahl am 14.10.2018

Wie steht Ihre Partei allgemein zu einer Maut für Fernbusse?

Bayern SPD Fernbusse sorgen dafür, dass man zu bezahlbaren Preisen reisen kann. Mittelständische Busunternehmen leisten hier einen wichtigen Beitrag. Es geht um einen fairen Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern, wozu eine deutliche Senkung der Trassenpreise notwendig ist. Deshalb ist zu diskutieren, ob der Bus als Nutzer der Bundesfernstraßen dauerhaft von der Finanzierung von Bau, Erhalt und Betrieb ausgeschlossen werden kann. Die BayernSPD befürwortet die Einführung der Fernbusmaut.

CSU Die Einführung einer Maut für Fernbusse ist derzeit nicht geplant.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Es gibt aus unserer Sicht keinen Grund für eine Mautausnahme für Fernbusse. Den Wettbewerb wird eine Busmaut nicht wesentlich verändern.

Freie Demokraten Bayern FDP Die FDP steht grundsätzlich nicht für eine Maut, weder für LKW noch für PKW – auch nicht für Fernbusse.

FREIE WÄHLER BAYERN (ANNO 1918) Wir haben im Moment keine Planungen für eine Fernbusmaut.

Wie steht Ihre Partei zu einer Anpassung der Garagenverordnung für alle Neubauten bzw. anstehende Sanierungsfälle?

Bayern SPD Auf Anregung des ACE hatte die SPD-Landtagsfraktion schon zu Beginn der auslaufenden Legislaturperiode einen Antrag auf Novellierung der Garagenverordnung gestellt, scheiterte allerdings an der Mehrheitsfraktion. Es ist davon auszugehen, dass der Marktdruck nicht nur wegen des zusätzlichen Raumbedarfs, sondern auch wegen erforderlicher Ladesäulen, Fahrradabstellanlagen und verbessertem Brandschutz zu beschleunigter Anpassung führen wird. Der Veränderungsbedarf, die erwarteten Kosten und

künftige Bauvorschriften sind zu analysieren und es ist zu prüfen, inwieweit die Bayerische Garagenverordnung novelliert werden muss und welche Kosten dabei entstehen.

CSU Eine Veränderung der gegenwärtig geltenden Regeln ist derzeit nicht geplant.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Die Fahrzeugbreite hat sich der vorhandenen Infrastruktur anzupassen und nicht umgekehrt.

Freie Demokraten Bayern FDP Generell ist es sinnvoll, die Renovierungen und Neubauten an die aktuellen Bedingungen anzupassen. Einer Anpassung bestehender Regularien stehen wir nicht entgegen.

FREIE WÄHLER BAYERN (ANNO 1918) Einer Anpassung der Garagenverordnung stehen wir grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber, allerdings nur bei Neubauten und in einem moderaten Maß. Denn wir müssen auch darauf achten, dass das Bauen in Zeiten akuten Wohnraummangels nicht noch teurer wird.

Antworten auf den ACE-Fragenkatalog zur bayerischen Landtagswahl am 14.10.2018

Wie möchte Ihre Partei künftig weiter dafür Sorge tragen, dass Bayerns Straßen und Wege noch sicherer werden und die Vision Zero erreicht werden kann?

Bayern SPD Wir teilen die Vision Zero ausdrücklich. Die BayernSPD sieht sich der mittelfristigen Senkung der Anzahl der Verkehrstoten auf null verpflichtet. Bevor sich allerdings die erhofften positiven Auswirkungen durch automatisiertes und autonomes Fahren einstellen werden, ist erst einigen auffälligen Phänomenen der Kampf anzusagen. Hierzu gehören illegale Auto- und Motorradrennen, die Verpflichtung zum Einbau von Abbiegeassistenten bei Lkw zum Schutz von Radlern und Fußgängern, das ausdrückliche Verbot der Handynutzung auch

bei Bikern und Fußgängern und vieles mehr. Weiter verschärfte generelle Tempolimits sind zugunsten situativer Konzepte abzulehnen. Die BayernSPD unterstützt die Fortführung des „Verkehrssicherheitsprogramms 2020“ und jede Umsetzung von verkehrssicherheitsfördernden Projekten zur Steigerung der Verkehrssicherheit.

CSU Eine optimierte Steuerung des Verkehrs kann dazu beitragen, die vorhandene Straßeninfrastruktur sicherer zu gestalten. Die

Staatsregierung setzt dabei auf intelligente Verkehrssysteme, die digitale Vernetzung der Verkehrsmittel untereinander und die Kommunikation zwischen Fahrzeug und Infrastruktur. Um die Verkehrssteuerung zu verbessern, werden die bestehenden Verkehrssteuerungsanlagen weiter ausgebaut. Das bayerische Verkehrssicherheitsprogramm „Bayern mobil – sicher ans Ziel“, das durch gezielte Baumaßnahmen an besonders unfallträchtigen Stellen dazu beigetragen hat, die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten deutlich zu senken, wird fortgesetzt.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Vision Zero bedeutet auch, die Hauptunfallursachen nicht angepasste Geschwindigkeit und Alkohol am Steuer zu bekämpfen. Da gibt es in Bayern erheblichen Nachholbedarf.

Freie Demokraten Wir halten wenig von Tempolimits oder Fahrverboten. Für uns ist es sinnvoller, das Verkehrsaufkommen z.B. durch Modelle wie Carsharing zu reduzieren. Zudem wird autonomes Fahren künftig eine tragende Rolle im Verkehrswesen spielen und die Sicherheit deutlich erhöhen.

Dazu müssen wir die technologischen Voraussetzungen – wie beispielsweise ein flächendeckendes Mobilfunknetz im 5G-Standard – schaffen. Die FDP setzt sich für die Ermöglichung des technologischen Fortschritts ein.

FREIE WÄHLER Wir unterstützen die Initiative „Bayern mobil – sicher ans Ziel“ und fordern sinnvolle Assistenzsysteme wie Abbiegeassistenten zur Vermeidung von Unfällen.

Wie und in welchen Bereichen möchten Sie die vielen ehrenamtlich Tätigen im Bereich der Verkehrssicherheit künftig noch besser bei ihrer Arbeit unterstützen?

Bayern SPD Die BayernSPD tritt grundsätzlich für mehr Mitspracherecht und mehr Geldmittel für die ehrenamtliche Arbeit in Bayern ein. Neben allgemein gültigen Hilfen für Ehrenamtliche wie Übungsleiterpauschalen, Ehrenamtskarten und ähnlichem ist für den Bereich Verkehrssicherheit eine von konkreten Aktionen wie Verkehrssicherheitstagen, Fahr- und Reaktionstrainings, sowie Aufklärungskampagnen geprägte Förderkulisse zu schaffen. Diese ist auf Antrag entweder direkt vom Verkehrsminister

oder durch die Bezirksregierungen zu bezuschussen. Hierzu gehören auch geförderte Schulungen und Seminare durch Polizei, Straßenverkehrsbehörden und Bundesanstalt für das Straßenwesen.

CSU Die Bayerische Staatsregierung unterstützt das Ehrenamt mit zahlreichen Maßnahmen (Ehrenamtskarte, Ehrenamtsnachweis, Förderung von Koordinierungszentren bürgerschaftliches Engagement). Wir unterstützen den Aufbau

von Sozialgenossenschaften und Nachbarschaftshilfen. Seit Februar 2018 stärkt der Freistaat Bayern mit der neuen „Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern“ das ehrenamtliche Engagement. Ziel der Stiftung ist es, aktives bürgerschaftliches Engagement in allen Gesellschaftsbereichen zu stärken und weiterzuentwickeln. Für die Zukunft müssen wir Wege finden, wie sich Arbeit und Ehrenamt in allen Bereichen des täglichen Lebens besser verbinden lassen. So finden auch junge Menschen Zeit für das Ehrenamt.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Der Kampf gegen die Hauptunfallursachen ist in erster Linie Aufgabe der hauptberuflichen Polizei.

Freie Demokraten Die Freien Demokraten wollen das Ehrenamt stärken, da es eine wichtige Säule für die Gesellschaft darstellt. So wäre es beispielsweise im Falle der Schülerlotsen angebracht, die Autofahrer rechtzeitig zu warnen und bereits in der Führerscheinbildung verstärkt auf die entsprechenden Signale

und Schilder hinzuweisen, damit diese auch befolgt werden.

FREIE WÄHLER Wir möchten das Ehrenamt in allen Bereichen besser fördern, z.B. durch die Einführung der Ehrenamtskarte flächendeckend in ganz Bayern und einer Verdoppelung der staatlichen Zuschüsse dafür.